



HESSISCHER LANDTAG

05. 07. 2022

WKA

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antisemitismus darf in Deutschland keinen Platz haben – Aufarbeitung zur documenta hat höchste Priorität – Strukturelle Neuaufstellung ist notwendig

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass Antisemitismus jeglicher Art keinen Platz in Hessen, in Deutschland und nirgendwo auf der Welt haben darf. Antisemitismus hat zum schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte geführt, der Shoah. Es liegt deshalb in der historischen Verantwortung Deutschlands, jeglicher Art von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Antisemitismus geht alle Menschen in Deutschland und weltweit an. Das gilt auch für anti-israelischen Antisemitismus. Der Landtag betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Israel als Zufluchtsstätte für Jüdinnen und Juden nach jahrhundertelanger Verfolgung und der Shoah. Aufgrund dieser historischen Verantwortung sind und bleiben das Existenzrecht Israels und die Sicherheit Israels ein Teil deutscher Staatsräson.
2. Dass antisemitische Bildsprache auf der documenta 15 gezeigt wurde, ist aus Sicht des Landtags beschämend und inakzeptabel. Die Kunstfreiheit ist ein hohes Gut. Aber Zumutungen in der Kunst haben Grenzen. Diese Grenze ist mit antisemitischen Darstellungen deutlich überschritten. Antisemitische Inhalte dürfen nicht gezeigt und nicht reproduziert werden. Der entstandene Schaden ist nicht zu relativieren. Daher war es richtig, dass das fragliche Bild abgehängt wurde. Wichtig ist nun, den Ursachen auf den Grund zu gehen, wie dieses Werk ohne eingehende Prüfung in die Ausstellung gelangen konnte. Auch um solche oder ähnliche Vorfälle künftig zu vermeiden, braucht es verstärkt Anstrengungen, Antisemitismus wirksam zu bekämpfen.
3. Der Landtag erklärt, dass die Aufarbeitung der Ursachen sowie eine externe Beratung durch anerkannte Antisemitismus-Experten zur Erkennung antisemitischer Codes auf der documenta 15 höchste Priorität haben. Bereits unmittelbar nach den ersten Antisemitismusvorwürfen im Januar haben Bund und Land vorgeschlagen, ein Gremium von Fachleuten aus der Antisemitismusforschung und der Kunst zur Beratung im Vorfeld der Ausstellungseröffnung heranzuziehen. Der Landtag bedauert, dass dieser Vorschlag nicht aufgegriffen und umgesetzt wurde. Der Landtag bedauert darüber hinaus, dass auch der Vorschlag des Landes, vor Eröffnung der documenta eine Task Force zum Thema Antisemitismus zu bilden, die im Falle einer krisenhaften Situation beraten und somit schnelle Handlungsfähigkeit gewährleisten könnte, nicht aufgegriffen wurde. Die documenta gGmbH hat im Vorfeld der Eröffnung versichert, es gebe keine Hinweise auf antisemitische Bildsprache auf der Ausstellung. Der Landtag kritisiert, dass dennoch keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen wurden, um diesen Versicherungen nachzukommen. Er fordert die Generaldirektorin der documenta gGmbH auf, konsequent aufzuklären, wie es hierzu kommen konnte und Verantwortung für eigene Fehler zu übernehmen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung und die documenta gGmbH auf, Strukturen und Verantwortlichkeiten einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Zusätzlich zu Vertreterinnen und Vertretern aus Kassel und der Landesregierung muss zukünftig auch bundesweite und internationale Expertise in den Aufsichtsrat einbezogen werden.
5. Der Landtag betrachtet es als wichtiges Ziel, Strukturen zu finden, wie auch Kulturinstitutionen besser für Antisemitismus und seine Gefahren sensibilisiert werden können. Der Landtag unterstützt deshalb die begonnene Auseinandersetzung im Rahmen verschiedener Dialogveranstaltungen.

6. Der Landtag würdigt die Bedeutung der documenta als weltweit größte und renommierteste Ausstellung für zeitgenössische Kunst, deren Strahlkraft weit über Kassel und Hessen hinausreicht. Seit 1955 werden Kassel und Hessen alle fünf Jahre zum Dreh- und Angelpunkt von Künstlerinnen und Künstlern sowie Kunstinteressierten aus aller Welt, zu einem Ort der Begegnung und des kritischen Diskurses, zu einem Ort, wo Kunst verändernd in die Gesellschaft wirken will. Der Landtag bekennt sich dazu, die documenta als herausragende Kulturmarke erhalten und weiter fördern zu wollen – auch hierfür ist eine intensive Aufarbeitung zur documenta 15 sowie eine kritische Auseinandersetzung mit den Gremienstrukturen notwendig.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. Juli 2022

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)